

Kantzenbach, Erhard

Article — Digitized Version

Ein Umstellungskurs von 2: 1 oder 1:1?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kantzenbach, Erhard (1990) : Ein Umstellungskurs von 2: 1 oder 1:1?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 4, pp. 166-167

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136620>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein Umstellungskurs von 2 : 1 oder 1 : 1?



Erhard Kantzenbach

Am 29. März überraschte der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank die Öffentlichkeit mit dem Vorschlag, die laufenden Einkommen in der DDR nicht – wie allgemein angenommen – im Verhältnis 1 : 1 auf DM umzustellen, sondern im Verhältnis 2 : 1. Lediglich die Sparguthaben bis zu 2000 DDR-Mark pro Person sollen, einer Zusage des Bundeskanzlers im Wahlkampf entsprechend, im Verhältnis 1 : 1 umgestellt werden.

Mit dieser Empfehlung hat der Zentralbankrat in der Diskussion um die währungspolitische Integration der DDR mit der Bundesrepublik die zweite Runde eingeläutet. In der ersten Runde Anfang des Jahres ging es um die Frage, ob die Zeit für eine Währungsunion mit der DDR überhaupt schon reif sei. Namhafte Wirtschaftswissenschaftler, unter ihnen der Sachverständigenrat, argumentierten damals, die Reform des Wirtschaftssystems in der DDR sei noch nicht weit genug fortgeschritten und die Wirtschaftsentwicklung nicht hinreichend vorhersehbar, als daß man das Mittel einer Wechselkurskorrektur jetzt schon aus der Hand geben könne. Bei einem möglicherweise zu hoch angesetzten Umtauschkurs der DDR-Mark würde die DDR-Wirtschaft dem internationalen Wettbewerbsdruck nicht standhalten können.

Die Bundesregierung hat sich im Februar jedoch anders entschieden – wie ich meine zu Recht. Die Auflösung der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung in der DDR war schon so weit fortgeschritten, daß nur ein deutliches Signal für eine Wende zum Besseren den Übersiedlerstrom in die Bundesrepublik bremsen und die Bevölkerung zu wirtschaftlichen Anstrengungen in der DDR motivieren konnte. Ein solches Zeichen ist die Ankündigung einer Währungsunion, die die DDR-Wirtschaft unlösbar mit der Wirtschaft der Bundesrepublik verbinden und an deren Erfolgen teilhaben lassen wird.

Ein glücklicher Umstand scheint die Plausibilität dieser Konzeption und damit ihre Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Erste grobe Schätzungen kamen zu dem Ergebnis, daß die Arbeitsproduktivität in der DDR bei etwa 40% derjenigen der Bundesrepublik liegt und das Lohnniveau bei etwa einem Drittel. Dadurch scheint – global betrachtet – eine Währungsumstellung zum Kurs von 1 : 1 möglich, ohne die DDR-Betriebe mit Kosten zu belasten, die sie von vornherein wettbewerbsunfähig machen würden. Im Gegenteil, die Steigerung der Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer, die Möglichkeit der Entlassung überzähliger Arbeitskräfte und die Beseitigung von Versorgungsengpässen bei Rohstoffen und Vorprodukten lassen einen sprunghaften Anstieg der Arbeitsproduktivität erwarten, schon bevor es zu einer grundlegenden Modernisierung der Produktionsanlagen kommt. Dadurch ist ein begrenzter Spielraum für selektive Lohnerhöhungen gegeben.

Diese Globalbetrachtung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Integration der DDR-Wirtschaft in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung erhebliche Strukturprobleme aufwirft. Ein Teil der Produktion erfüllt nicht die westlichen Qualitätsstandards und ist auch zu geringen Preisen nicht absetzbar. Manche Produktionsverfahren sind derart umweltbelastend, daß sie sofort eingestellt werden müssen. Vor allem aber ist die Produktionsstruktur kaum an komparativen Kostenvorteilen innerhalb der Weltwirtschaft orientiert, sondern an den an politischen Vorgaben ausgerichteten Planungen.

Die Öffnung der DDR-Märkte für die westdeutsche und die internationale Konkurrenz wird deshalb einen sehr starken Anpassungsdruck auslösen. Viele Betriebe werden rationalisie-

ren, sich umstellen oder sogar schließen müssen, und es wird in erheblichem Ausmaß strukturelle Arbeitslosigkeit entstehen. Es ist deshalb verständlich, daß viele Ökonomen eine schrittweise Integration nach dem Vorbild der EG der Schocktherapie vorgezogen hätten. Aber die objektiven Voraussetzungen dafür haben seit dem Abriß der Mauer im November nicht mehr bestanden. Eine schrittweise Integration der DDR hätte zunächst ihre politische und wirtschaftliche Stabilisierung vorausgesetzt, die neben einer Kontrolle des Waren- und Kapitalverkehrs an ihren Grenzen auch eine Beschränkung der Freizügigkeit erfordert hätte. Dazu aber war und ist niemand in der Bundesrepublik bereit.

Wenn wir die DDR nicht ausbluten lassen wollen, werden wir deshalb ihren Anpassungsprozeß durch massive Hilfeleistung unterstützen müssen. Es geht um Anpassungshilfen und Minderungen der Schuldenlast für Betriebe, Umschulungs- und Mobilitätsbeihilfen für Arbeitnehmer, Anschubfinanzierungen für die aufzubauenden Arbeitslosen- und Rentenversicherungen. Diese plötzlich anfallenden Aufgaben übersteigen bei weitem die Finanzkraft der DDR. Sie sind aber erforderlich zur Flankierung der marktwirtschaftlichen Reformen, die zu Recht von westdeutschen Politikern immer wieder angemahnt werden.

Die vorherrschende Argumentation besagt nun, daß die Strukturprobleme der DDR und dementsprechend auch die notwendig werdenden Einkommenstransfers aus der Bundesrepublik um so geringer ausfallen werden, je niedriger der Umstellungskurs der DDR-Mark in DM für die laufenden Einkommen festgesetzt wird. Je niedriger die anfängliche Kostenbelastung der DDR-Betriebe, desto größer sei ihre Wettbewerbsfähigkeit und dementsprechend desto geringer die Zahl der Konkurse und der Arbeitslosen. Vor allem auch aus diesem Grund hat sich der Zentralbankrat für eine Umtauschrelation von 2 : 1 entschieden.

Es gibt jedoch auch gute Gründe, dieser Empfehlung nicht zu folgen und an dem Verhältnis 1 : 1 festzuhalten, das zumindest implizit der bisherigen Diskussion über die Währungsunion zugrunde lag. Zunächst einmal stehen die dargelegten Zusammenhänge zwischen dem Umtauschkurs und den Strukturproblemen der DDR immer unter der Prämisse gleichbleibender Verhaltensweisen der Bevölkerung. Die einstimmigen Proteste aller Parteien der DDR gegen die Vorschläge des Zentralbankrates zeigen jedoch, wie unrealistisch diese Prämisse ist. Bestand bisher die Hoffnung, daß die mit der Währungsunion verbundenen Zukunftsaussichten die Mehrzahl der Menschen in der DDR veranlassen würden, ein Einkommensgefälle von etwa 1 : 2 (bei einem Kurs 1 : 1) hinzunehmen und sich in der DDR wieder stärker beruflich zu engagieren, so ist dies bei einem Gefälle von 1 : 4 (bei einem Kurs 2 : 1) nicht zu erwarten. Das gegenwärtige Durchschnittseinkommen von etwa 1200 DDR-Mark würde dann zunächst auf 600 DM umgestellt und damit erheblich unter dem westdeutschen Sozialhilfesatz liegen. Auch die Erwartung baldiger sozialer und betriebsindividueller Korrekturen, die mit dem Vorschlag verbunden wurden, vermögen die verheerenden psychologischen Folgen kaum aufzufangen.

Es ist deshalb sehr wohl möglich, daß sich unter Berücksichtigung politisch-psychologischer Faktoren die erwartete Wirkung eines niedrigen Umstellungskurses in ihr Gegenteil verkehrt. Statt zu erhöhter Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Kostenvorteile und zu schnellen Produktivitätssteigerungen kann das niedrige Ausgangsniveau der Löhne zu fortgesetzter Abwanderung und Demotivation der Bevölkerung führen und den Produktivitätsanstieg hemmen. Aber selbst wenn diese unmittelbaren negativen Produktivitätseffekte in der DDR nicht eintreten, wären die regionalen Verteilungseffekte für die angestrebte politische Einheit eine schwere Belastung. Selbst unter günstigsten Annahmen würde es Jahrzehnte dauern, bis das ursprüngliche Wohlstandsgefälle abgebaut wäre. Soziale Spannungen und Konflikte wären die unausweichlichen Folgen.

Einer der größten Vorteile, die die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb auszeichnen, ist die relativ ausgeglichene Sozialstruktur und der darauf basierende soziale Friede. Wenn die Bundesregierung diesen Wettbewerbsvorteil nicht aufs Spiel setzen, sondern auch für das vereinigte Deutschland erhalten will, darf sie beim Umstellungskurs jetzt nicht kleinlich sein. Einkommenstransfers in die DDR zur Angleichung der Lebensbedingungen in beiden Teilen Deutschlands sind eine Investition in eine funktionsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung, auch wenn sie – wie zu erwarten – zunächst teilweise in den Konsum fließen.